

ersch. 6mal wöchl. mit Illust. Wochenschriften, Heimat und Welt und der Anberellende „Recht“, sowie den Zeitungen „El-Berno-Blat“, „Unterhaltung und Wissen“, „Die Welt der Frau“, „Kriegsblätter“, „Das gute Buch“, „Blumenbuch“, „Monatlicher Bezugspreis 3 M. einchl. Postgebühren.“ Einzelnummer 10 J. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 J. Hauptverleger: Dr. G. Debes, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Verlagsges.: Dresden
Anzeigenpreise: Die Igelballen Preilige 20 J. Familienanzeigen u. Stellenangebote 20 J. Die Postzeitung 20 J. monatlich 1 M. für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 J. die Postzeitung 20 J. monatlich 1 M. Im Falle höherer Gewalt erfolgt jede Verantwortlichkeit auf Verlangen sofortige Erfüllung d. Anzeigen u. Kulturen u. Leistung d. Schabensatz. Gehaltlicher Teil: Franz Ungar, Dresden.

Verlagsstelle, Druck u. Verlag: Germania, S. 2. für Verlag und Druckerei, Illust. Dresden, Dresden-Alt. 1. Wallstraße 17. Fernruf 2102. Verlagskonto Dresden 7703. Hauptkonto: Stadtbank Dresden Nr. 11719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Altstadt 1. Wallstraße 17. Fernruf 2111 und 2102.

Regierungsprogramm fertig

Einmütige Beschlüsse des Kabinetts

Berlin, 29. September.

Amtlich wird mitgeteilt:

Die Beratungen des Reichskabinetts über ein Gesamtprogramm wurden am heutigen Sonnabend, wie beabsichtigt, zu Ende geführt. Die mehrtägigen eingehenden Verhandlungen unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und unter Hinzuziehung des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther und des preussischen Finanzministers Dr. Hoyer-Hanckow führten zu einstimmigen Entschlüssen des Reichskabinetts. Auf Grund dieser Beschlüsse wird am Sonntag die technische Zusammenstellung des aus zahlreichen Einzelproblemen bestehenden Gesamtprogramms fertiggestellt werden. Eine abschließende Kabinettsitzung zur Verabschiedung der formulierten Vorschläge ist alsdann für Montagmorgen vorgesehen; eine öffentliche Verkaufszug der Reichsregierung über das Gesamtprogramm erfolgt im Laufe des Dienstag.

Die Nervosität, die in vielen Kreisen herrscht, hat teilweise auch bereits auf die Presse übergegriffen. Es werden einschneidende Beschlüsse der Reichsregierung bereits ausführlich

erörtert, obgleich diese Beschlüsse — wie aus der amtlichen Verkaufszug hervorgeht — ja erst am Montag endgültig gefasst werden. Wir lehnen es von uns aus ab, Ursache in die Bevölkerung zu tragen durch Bekanntmachung von Einzelheiten der geplanten Regierungsmaßnahmen, die doch noch in keiner Weise feststehen. Wir sind der Überzeugung, daß die Regierung Maßnahmen von solcher Tragweite, wie sie erwartet werden müssen, nicht einfach übers Knie brechen kann. Die Regierung muß gründliche Arbeit leisten. Uns hilft nicht Nervosität, sondern allein kaltes und ruhiges Blut. Hat die Regierung ihre Beratungen abgeschlossen, so wird sie — daran ist kein Zweifel — die unbedingte Führung übernehmen.

Die Regierung darf keinen Zweifel darüber lassen, daß sie den Willen und die Ermächtigung hat, ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volke auch dann zu erfüllen, wenn Fraktionsegoismus und Parteibedenken wider Erwarten und gegen die Einsicht der verantwortungsbewußten Führer eine feste Mehrheit im Reichstag verhindern sollten. Die Regierung muß alle Parteien wissen lassen, daß die Zeit für solche Methoden des Verhandlung zu erst ist. Das ist unsere Meinung und das ist von den verschiedensten Seiten schon wiederholt ausgesprochen und gefordert worden.

Liberales oder christliche Staatspartei?

Was die französischen Radikalen und Katholiken aus der Reichstagswahl folgern.

Paris, 25. September.

C. v. P. Die Lehren, die aus den deutschen Wahlen gezogen werden, sind so tausendfältig und widersprüchlich, daß man lieber nicht versuchen möchte, sie wiederzugeben. Es gibt keine mögliche und unmögliche Erklärung, die man nicht im In- und Ausland für das einigermaßen überraschende Ergebnis des 14. September gefunden hätte. Ebenso mannigfaltig wie die Deutungen sind auch die Wirkungen; namentlich in Paris. Nach der ersten Bestürzung, die Wasser auf die Mühlen der ewig Feindseligen brachte und Entmutigung für die ruhig Demotenden, steht man nunmehr abwartend der weiteren Entwicklung gegenüber. In der Öffentlichkeit beschwichtigen die Einen, während die Anderen das erwachte Mißtrauen eifrig weiterführen wie eine heilige Flamme.

Aber auch die Taktiker in den Parteien nähern den außenpolitischen Augenblick. Die Radikalen nähern sich ihrem Parteikongress. Ihr Führer Herriot hat in Lyon am letzten Sonntag ein Stichwort ausgegeben, das in einer Resolution seinen Niederschlag fand: „Fortführung der europäischen Versöhnung unter Wahrung der nationalen Sicherheit“. Am gleichen Tage äußerte sich eine andere führende Persönlichkeit der Linken, Herr Painlevé, in ganz dem nämlichen Sinn. Sind das nur außenpolitische Programmpunkte, um ihrer selbst und um der Doktrin willen verändert? Oder werden sie ins Regierungslager hinübergerufen, und sollen die Worte bei den Parteien der Mehrheit Widerhall finden? Will man die außenpolitische Gemeinsamkeit betonen, den inneren Zwist für den Augenblick zurückstellen und die breite Front unter dem Kennwort „nationale Sicherheit“ wieder errichten? Und die innerdeutsche Krise würde den nicht unwillkommenen Anlaß zu solcher Sammlung bieten? Der radikale Kongress von Grenoble wird wohl einiges Licht in die Wünsche bringen, die man hegt, und in die Möglichkeiten, die man sieht.

Die radikale Partei hat ihre ganz besondere Auffassung über die Notwendigkeiten begründet, die sich der deutschen Innenpolitik aufdrängen. „Nur der Triumph und die Vereinigung der Linken kann den dauerhaften Frieden unter den Völkern gewährleisten“, schrieb Herr Herriot in seiner Vorrede auf den 14. September. Vor einigen Tagen führte die „Ere nouvelle“ den Gedanken zur Theorie fort: „Die deutschen Wahlen offenbaren die Notwendigkeit einer radikalen Partei. Deutschland hat das Unglück, eine solche Partei zu entbehren.“ Wirklich ein Unglück? Viel eher atmet man erleichtert auf, wenn man die näheren Kennzeichnungen dieser Partei erfährt, und sagt sich: „Das fehlte uns gerade noch!“ Denn wir lesen: „Die radikale Partei ist eine philosophische Partei, die sich weder der Herrschaft der katholischen Kirche noch der protestantischen Sekten unterwerfen will. Sie stützt sich auf eine liberale, humanitäre Lehre (und eine freimaurerische Geheimkonfession, D. Schriftl.), die den aufeinanderfolgenden Versionen des Alten Testaments und des Evangeliums die Enzyklopädie entgegenstellt.“

Den aufwühlenden ideologischen und historischen Zwist der Frankreich in zwei weltanschauliche Lager getrennt hat diesen Zwist, dem auf deutschem Boden, ganz besonders aber innerhalb der katholischen Volksgemeinschaft, jede Wurzel fehlt, wollen wohlmeinende Doctrinäre als Heilmittel zur Einfuhr empfehlen! Die Glaubensspaltung wäre Ruhe und Eintracht im Vergleich der Erneuerung eines Kampfes, der seit anderthalb Jahrhunderten Frankreich zerreiht. Mit Bestriedigung ist im Gegenteil festzustellen, daß wenigstens dieser Hader uns erspart blieb, daß ganz im Gegenteil eine Partei besteht, die verwirklicht hat, was für Frankreich noch heute eine Unmöglichkeit erscheint: den modernen Staat und die ständische Volksgemeinschaft auf christlicher Grundlage. Die Selbstempfehlung des französischen Radikalismus als „philosophische Partei“ beweist im Grunde nur das Bedauern, daß seine Idee nicht benötigt werden.

Doch auch in Frankreich sieht sich der Radikalismus — so wenig er es auch eingesteht — einer katholischen Umstellung gegenüber, die ihm nichts weniger als hochaglich ist. François Deulliot, ein Neffe des berühmten Volkskämpfers, polemisiert in „La Croix“ gegen die radikalsozialistische Ansicht, als seien die liberalen pazifistischen Kreise Monopolinhaber der Verständigungspolitik. „Wollten unsere Gegner unvoreingenommen dieses Problem studieren, so würde es genügen, wenn sie mit ehfester Aufmerksamkeit die Zeitungen lesen wollten, die den katholischen Gedanken in Frankreich verkörpern, um zu erkennen, daß ihre Besende falsch und ihre Taktik dabei unsonst ist.“

Die Lage in Ostoberschlesien

Kommt es zum Streik?

Kattowitz, 29. September.

In einer Extraausgabe veröffentlicht heute die Polska Zgodnia ein Interview mit dem Wojewoden Grazynski über die Auflösung des schlesischen Sejms. Der Wojewode erklärte, die Hauptursache der Auflösung liege darin, daß das Kompromiß, das zwischen ihm und dem Senatorenkonvent des Sejm über den Budgetkonflikt geschlossen worden ist, von den Oppositionsparteien bei der Beratung über das Teilbudget vom 1. 10. 1930 bis 31. 3. 1931 nicht eingehalten worden ist.

Trotz der energischen Arbeit der Opposition werde er sein Wirtschaftsprogramm für die Wojewodschaft im bisherigen Sinne weiter verfolgen und unter allen Umständen auf dessen Durchführung dringen, da nach seiner Ansicht die Mehrheit des schlesischen Volkes seine Politik billige.

Zu der von der Opposition betriebenen Generalstreiks erklärte der Wojewode, er könne nicht glauben, daß sich die ober-schlesische Arbeiterschaft zum Streik hinreißt lassen. Sollte aber dennoch ein Streik inszeniert werden, der einen politischen Hintergrund habe, so setze er auf dem Standpunkt, daß ein solcher Streik gescheitert sei und mit allen Mitteln niedergeworfen werden müsse.

In derselben Extraausgabe der Polska Zgodnia veröffentlichten die regierungsfreundlichen Gewerkschaften einen Aufruf, in dem die Arbeiterschaft aufgefordert wird, der Arbeit ruhig weiter nachzugehen, da ein Generalstreik unter den gegenwärtigen Umständen ein Verbrechen am ober-schlesischen Volke bedeute. In den Oppositionsparteien wird die Ansicht vertreten, daß es wohl kaum zum Generalstreik kommen werde.

Zaninus contra Curtius

Genf, 27. September.

Der Völkerbundrat hat heute gemäß dem Antrag des Juristischen Komitees beschlossen, den Antrag der Deutschen Regierung auf Behandlung der Memelbeschwerde auf die Tagesordnung einer seiner nächsten Sitzungen zu setzen. Zum Berichterstatter wurde auf Vorschlag des Präsidenten der Delegierte Norwegens bestimmt. Der litauische Außenminister Zaninus, der am Ratstisch Platz genommen hatte, gab zu Beginn der Verhandlungen eine längere Erklärung ab, in der er wiederum die vollkommen haltlose Auffassung vertrat, daß die memelländische Beschwerde nicht zulässig sei. Er wandte sich gegen das juristische Gutachten, dem er keine Zustimmung nicht geben könne. Gleichwohl wolle er sich einer Behandlung der Frage durch den Rat nicht widersetzen. Er behalte sich aber vor, die Frage des Petitionsrechtes grundsätzlich durch ein Gutachten des Haager Gerichtshofes klären zu lassen.

Der deutsche Außenminister Dr. Curtius gab seiner Ge-

nugung darüber Ausdruck, daß das Juristen-Komitee in seinem Gutachten ausdrücklich festgesetzt habe, daß die deutsche Regierung sich an die Bestimmungen 17. Absatz 1 der Memel-Konvention gehalten habe. Eine andere Antwort des Juristen-Komitees auf den Einspruch der litauischen Regierung habe er gar nicht erwartet. In den Erklärungen des litauischen Außenministers sei nur die von praktischer Bedeutung, daß die litauische Regierung sich einer Behandlung der Frage durch den Rat zur Zeit nicht formell widersetze. Damit sei der Weg frei, und er bitte, daß der Rat sich auf den Standpunkt stelle, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen.

Dr. Curtius wies sodann in gemäßigter, aber sehr bestimmter Form die Ausführungen des litauischen Vertreters über das Petitionsrecht zurück. Das ganze Verfahren habe bereits im Jahre 1926 eine ausreichende Aufklärung erhalten. Es sei nicht möglich, das Recht der Ratsmitglieder zu bestreiten, sich aller Informationen zu bedienen, woher sie auch stammten. Entscheidend sei nur die Frage, ob ein Ratsmitglied noch gewissenhafter Prüfung einer Frage zu der Auffassung komme, daß das vorhandene Material nicht nur ausreichend sei, sondern gerade dazu zwingt, die betreffende Frage vor den Rat zu bringen. Diese Voraussetzungen habe die deutsche Regierung in ihrem Antrag ausgesprochen. Dr. Curtius erklärte, er weise den Angriff des litauischen Vertreters auf das Recht der Ratsmitglieder nachdrücklich zurück. Im übrigen sei bereits in dem Juristengutachten von 1926 unzweideutig festgesetzt worden, daß ein unmittelbarer Verkehr zwischen den Memelländern und den Ratsmitgliedern zulässig sei.

Nach der Erklärung des deutschen Außenministers beschloß der Rat auf Vorschlag des Präsidenten, die Memelbeschwerde offiziell auf die Tagesordnung des Rats zu setzen. Die erste Sitzung des Rats wird voraussichtlich Anfang der kommenden Woche stattfinden. Es ist allgemein aufgefallen, daß der litauische Außenminister nicht nur den Gouverneur des Memellandes Merkys, sondern sogar die litauischen Gesandten in Paris und Rom nach hier berufen habe. Man hört vielfach die Meinung, Zaninus wolle seinem Lande eine gewisse Rückendeckung verschaffen.

Krise in Spanien?

Madrid, 29. September.

Auf der Madrider Stierkampfarena fand am Sonntag eine große Kundgebung familiärer republikanischer Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten statt. An der Kundgebung nahmen etwa 20 000 Personen teil. Die Redner der verschiedenen republikanischen Parteien forderten die Abdankung des Königs und die Errichtung der Republik, wobei sie mit einer Revolution drohten und das Militär aufforderten, sich zur Republik zu bekennen. Unter den Rednern traten besonders hervor der Führer der Radikalsocialisten, Marcelino Domingo, der Führer der radikal-republikanischen Partei, Perroux, und der Begründer der rechtsrepublikanischen Partei, der ehemalige Minister Zamora. Die Kundgebung verlief in vollster Ruhe.

Abt. 2. Dresden Statbibliothek 1005